

Gesine Schwan

Key Note Speech für den

Hauptstadtkongress am 15.1.2005-01-09

„Berlin neu denken“

Berlin neu denken! – das ist eine ziemlich naive Aufforderung. Als Neu-Frankfurterin, aber auch Alt-Berlinerin habe ich noch in Erinnerung, wie viele Kommissionen, Initiativen, Aufrufe, Slogans es insbesondere zur Zeit der Mauer, aber auch danach gegeben hat, um Berlin auf die Sprünge zu helfen. Vor dem Mauerfall standen West-Berlin immer im Schatten der Sorge, dass der „Außenposten“ Berlin im Ost-West-Konflikt gleichsam abgehängt werden könnte, dass die Stadt ausdörren und irgendwann der DDR in den Schoß fallen würde. Inzwischen ist umgekehrt die DDR nicht nur ausgedörrt sie in, sondern verschwunden, Berlin ist Hauptstadt des wieder bzw. neu vereinigten Deutschlands geworden, und alles schien den überwinterten West-Berlinern zum Besten bestellt. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass die Fantasie nie weit genug reicht, um sich die neuen Herausforderungen auszumalen. Aber die Wirklichkeit lässt sich nicht wegschieben, sie konfrontierte uns nach 1989 unsentimental, wie man es eigentlich den Berlinern zuschreibt, mit Hypotheken, die sich im Laufe der langen, auch nicht einfachen Jahre der geteilten Stadt angesammelt hatten, und wir haben es noch nicht geschafft, mit ihnen fertig zu werden.

Dabei soll man auch die Schwierigkeiten nicht unterschätzen, mit denen Berlin nach der Vereinigung – bei aller Freude über die Vereinigung – konfrontiert war. Was oft mit moralisch-kritischem Unterton als die Berliner Behäbigkeit und Subventionsmentalität beschrieben wurde, kam soziologisch nicht von Ungefähr. Es war vor 1989 nicht leicht,

Unternehmen und aktive Bürger nach West-Berlin zu holen oder hier zu halten, wenn man nicht auch erhebliche materielle Vorteile anbot. Die Sorge, auf einem Abstellgleis zu landen, bestand (die Bewohnerzahl von West-Berlin nahm ständig ab, das ist – wie heute in den neuen Bundesländern – psychologisch nicht zu unterschätzen!). Der Austausch von Leistungseliten, der frische Gedanken in das System bringt und Kumpaneien erschwert, wurde infolgedessen immer zäher und geriet ins Stocken. Und wenn Geld fließt, stellt sich eine erhebliche Verführung ein, es auch auszugeben. Ost-Berlin seinerseits hatte zwar immer Hauptstadtprivilegien genossen, war im Vergleich zum Umland deutlich privilegiert, hatte aber doch in den meisten Bereichen immer größere Schwierigkeiten und musste erheblich nachholen, um auf West-Berliner Standard zu kommen. So musste Berlin nach 1989 in **einer** Stadt sehr unterschiedliche Lebensverhältnisse und Gewohnheiten verkraften. Wenn man von Zusammenwachsen spricht, so sollte das bestimmt für eine Stadt gelten. Aber die kulturellen, ökonomischen und finanziellen Bedingungen boten beachtliche Hürden, um dies zu erreichen.

Ich sage das nicht, um Verantwortlichkeiten für Fehlentwicklungen zu vertuschen. Sie sind drastisch, auch in der Berliner Presse, zur Sprache gekommen, und das muss so bleiben. Aber wenn man der Entwicklung Berlins realistisch neuen Schwung geben will, dann gehört dazu auch der nüchterne Blick, der Fehlentwicklungen nicht nur moralisch verwirft, sondern wenigstens z.T. realistisch einordnet und, wo möglich, Ursachen zuordnet. Meine Anfangsbehauptung, dass „Berlin neu denken“ naiv klingt, habe ich dabei nicht vergessen. Ich komme darauf zurück.

Zuvor möchte ich auf Berlin anwenden, was ich im Frühsommer des vergangenen Jahres häufiger öffentlich über die Bundesrepublik als Ganze zur Diskussion gestellt habe. Der Vertrauensverlust, den die Politik erlitten hat, die Enttäuschung über die Politikerinnen und Politiker – sie speisen sich m.E. vielfach aus einer Überschätzung des Handlungsspielraums

der „offiziellen“, d.h. der traditionell demokratisch legitimierten Politik. Es ist ja wirklich nicht so, dass diejenigen, die politische Ämter anstreben oder wahrnehmen, dies nur aus persönlichem Ehrgeiz oder aus Bereicherungsinteresse täten. Viele wollen die Dinge wirklich zum Besseren wenden, aber sie stoßen dabei auf ein schwer bewegbares Gefüge aus Partikularinteressen, rechtlichen Regelungen, administrativen Hürden, ökonomischen Machtpositionen und natürlich politischen Koalitions- und Kompromisserfordernissen. Dies konstruktiv zu bewegen, ist wahrlich eine Kunst. Es ist deshalb nicht von ungefähr, dass wir seit einigen Jahren nicht nur auf globaler, sondern auch auf nationaler und auf kommunaler Ebene gutes demokratisches Regieren als „good governance“ bezeichnen und darüber nachdenken, wie wir das hinbekommen. „Good governance“ meint dabei das (bisher noch wenig theoretisch geordnete) praktische Zusammenspiel von traditionellen demokratisch legitimierten politischen Akteuren, großen Unternehmen, Interessengruppen, internationalen Zusammenschlüssen und – im weiteren Sinne – nicht gewinnorientierten zivilgesellschaftlichen Initiativen. Das traditionelle Modell, das wir alle in der Schule gelernt haben: nämlich dass die Demokratie aus Legislative, Exekutive und Judikative besteht und im wesentlichen mit diesen Institutionen (und den Interessenverbänden) die gemeinsamen Angelegenheiten regelt, reicht heute nicht mehr.

Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Parteien (wie überhaupt die großen Verbände) es schwer haben, Mitglieder und Akteure zu finden, die bereit sind, sich über den Tag hinaus an sie zu binden und Verantwortung zu tragen – mit all den Unannehmlichkeiten, die damit verbunden sind, auch den intellektuellen, weil man ja mit seiner eigenen Partei, wenn es gut geht, allenfalls zu 40% übereinstimmt – so haben es jedenfalls die Parteienforscher immer wieder ermittelt. Auch deshalb sind wir mehr und mehr auf Initiativen der Zivilgesellschaft bzw. der Bürgergesellschaft angewiesen, denn sie finden mehr Zulauf, sind oft sachkundiger und genießen mehr Vertrauen. Jedenfalls gilt dies für diejenigen, die sich pro bono, also

ehrenhalber und ohne eigenen Vorteil für ein Ziel engagieren, das eine größere Zahl von Menschen und gesellschaftlichen Gruppen als gemeinwohlorientiert einschätzen. Damit sage ich nicht, dass alle Bürgerinitiativen gemeinwohlorientiert sind oder gar dass sie keine Fehler machten. Es gibt auch ganz eigennützige, die nur einen neuen Namen für traditionelle Lobby-Arbeit verwenden.

Aber der alte Gedanke von Tocqueville, dass gerade Demokratien echte, d.h. kompetente und gemeinwohlorientierte Autoritäten brauchen, weil nicht jeder sich über alles ein eigenständiges Urteil bilden kann, weil andererseits gute Entscheidungen gut durchdacht sein müssen – dieser alte Gedanke gilt heute mehr denn je. Tocqueville schlug Anfang des 19. Jahrhunderts vor, dass freiwillige Assoziationen diese Rolle, die im Ancien Regime der Adel in seiner Sicht gespielt hatte, übernehmen sollten. Und eben dies kommt auch heute als eine wichtige Aufgabe der Zivilgesellschaft zu. Allerdings erfüllt sie die Erwartungen und Aufgaben nur, wenn sie sich wirklich ihrerseits nach innen und nach außen wahrhaftig und transparent verhält und gemeinwohlorientierte Interessen – Habermas würde vielleicht von verallgemeinerbaren Interessen sprechen - vertritt. Damit sind alle anderen Akteure der sog. governance – insbesondere die gewählte Politik und die Wirtschaft – natürlich nicht einfach von den Geboten der Wahrhaftigkeit, der Transparenz und der Gemeinwohlorientiertheit freigesprochen. Auch sie müssen, um das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen und zu erhalten, nach diesen Prinzipien handeln. Aber sie haben es in dieser Angelegenheit oft schwerer als Bürgerinitiativen, weil sie unvermeidlicherweise viele Partikularinteressen vertreten – das ist nun einmal das Prinzip der pluralistischen Demokratie.

Dass Politik und Wirtschaft im übrigen besser florieren, wenn sie in einer Gesellschaft handeln, in der es viel Eigeninitiative, viele Assoziationen gibt, die sich lange kennen, ein Netz der Zusammenarbeit geknüpft und so sog. Sozialkapital angesammelt haben, gehört zu

den politikwissenschaftlichen Einsichten der letzten zehn Jahre. Robert Putnam und Ellinor Ostrom haben darüber in sorgfältigen empirischen Arbeiten nicht nur in Europa bzw. in den Industriegesellschaften, sondern auch in den Entwicklungs- und den sog. Schwellenländern gearbeitet und geforscht. Robert Putnam hat sich gefragt, warum es Norditalien gerade auch wirtschaftlich so viel besser geht als Süditalien. Verantwortlich dafür macht er eben jenes Netz von Assoziationen, aufgrund dessen die Bürger die Gewohnheit angenommen haben, aus eigener Initiative zu handeln, weil sie sich kennen, aufeinander verlassen können – bzw. wissen, auf wen sie sich verlassen können und auf wen nicht – und kommunikativ auf neue Ideen kommen. So entsteht eine Produktivkraft, die die Wirtschaft ankurbelt und zum Florieren bringt.

Putnam fragt in seinem Buch auch danach, wie man fehlendes Vertrauen als Grundlage von Sozialkapital im Süden Italiens und überhaupt neu schaffen kann. Seine Antwort lautet letztlich: durch Personen, die als Vertrauensträger handeln, so neue persönliche Netze knüpfen und damit schließlich die Institutionen mit Vertrauen ausstatten, auf die jede demokratische und gemeinwohlorientierte Politik bauen muss. Dann findet man sich nicht mehr in einer unstrukturierten anonymen Massengesellschaft, sondern in einem Netz von persönlichen und institutionellen Vertrauensträgern, mit dem man im Sinne Hannah Arendts und ihres Verständnisses von wirklicher, weil konstruktiver Macht die Dinge gemeinsam voranbringen kann. Im Gegensatz zu autoritären oder gar totalitären Regimen handelt es sich dabei nicht um eine von oben kontrollierte Durchorganisation der Gesellschaft, die durch Zwang Misstrauen sät, sondern um eine freiwillige Vernetzung und Kooperation, die Vertrauen braucht und schafft. In diesem Sinne ist das sog. Sozialkapital nach Robert Putnam, dass einzige Kapital, das sich durch seinen Gebrauch vergrößert.

Der Gedanke, dass neues Vertrauen nur durch die Initiative von Individuen geschaffen werden kann, ist eine bescheidene, aber zugleich, wie ich finde, auch ermutigende Antwort. Zwar gibt es nicht *einen* institutionellen oder gesetzlichen Hebel, den man einfach bedienen könnte. Vielmehr sind wir alle auf unsere je eigene Initiative angewiesen. Das klingt ein bisschen „mikrig“ bzw. sehr idealistisch oder vorsichtig. Denn wie sollen wir als Individuen, gleichsam als Einzelgänger derartiges zustande bringen, da wir doch unter zahlreichen sozialen Zwängen stehen, von denen wir uns nicht einfach befreien können.

Aber hier kommt das Positive der Naivität zur Sprache, die ich zu Anfang meiner Überlegungen erwähnte. Ohne Naivität macht man keinen neuen Anfang, ist man nicht kreativ, sondern hält sich nur vor Augen, was alles schon schief gelaufen ist. Jean Monnet, de Gasperi und Konrad Adenauer waren naiv, als sie nach dem mörderischen Zweiten Weltkrieg die Vision einer Europäischen Union verfolgten, die für uns heute – bei allen Schwierigkeiten - Wirklichkeit geworden ist. Das ist die andere Seite meines Plädoyers für einen neuen Anfang. Ja, er muss sich vorher einer realistischen Bestandsaufnahme aussetzen. Aber ohne *Naivität* hat man keine Vision und keinen Mut zu einem neuen Anfang.

In einer Zeit, in der es viel Kritik an der Macht gibt, die man vor 1989 die „Vormacht der Demokratie“ genannt hat, lohnt sich vielleicht der Hinweis darauf, dass im Vertrauen auf die Zivilgesellschaft, d.h. auf die Gesellschaft in der Form freiwilliger und vernünftiger Zusammenarbeit, aus der dann die Politischen Institutionen hervorgehen, *das zentrale Merkmal des angelsächsischen Demokratieverständnisses* liegt. John Locke, der Ahnherr dieses Grundverständnisses, ging, anders als sein theoretischer Vorgänger Thomas Hobbes, davon aus, dass die Menschen grundsätzlich vernünftig und kooperativ sind, aber zur Sicherung dieser Zusammenarbeit doch der staatlichen Organisation bedürfen.

Zivilgesellschaft und staatliche Politik sind hier als Partner gedacht, nicht als prinzipielle Gegner.

Mir scheint, dass diese Überlegung nicht nur von akademischem Interesse ist. Denn wenn wir in der demokratischen Politik – in Europa, in Deutschland oder in Berlin – die Herausforderungen mit Sachkenntnis, mit Fantasie und gemeinwohlorientiert angehen wollen, dann schaffen wir das nur zusammen. Für sich allein, sind Bürgerinitiativen zwar inhaltlich oft überaus wichtig und weiterführend, aber eben demokratisch nicht einfachhin legitimiert. Sie gehen nicht aus allgemeinen Wahlen hervor und müssen sich dem Votum der Bürger nicht regelmäßig stellen. Aber ohne die bürgergesellschaftlichen Aktivitäten und Institutionen entbehren die traditionellen politischen Akteure umgekehrt oft des Vertrauens und des substanziellen Schubs, auch der Beweglichkeit, die sie brauchen, um Lösungen für das Gemeinwohl zu finden und zu verwirklichen.

Meine persönlichen Erfahrungen im Frühsommer des vergangenen Jahres, als ich eine Art Praktikum für Fortgeschrittene absolvieren durfte, haben mich hinsichtlich der Initiativebereitschaft, des politischen common sense und der intelligenten Verständigkeit unserer Gesellschaft sehr ermutigt. Wir haben ein großes Potenzial an gemeinsamen Werten und Zielen, dass allerdings in den öffentlichen Debatten oft aus kurzsichtigen machttaktischen Motiven zerredet wird. Wir können diesen Schatz heben, indem wir aufhören aneinander vorbeizureden, indem wir uns zusammentun, um z.T. selbständig, zum Teil in kritischer Kooperation mit der demokratisch gewählten Politik, die dringenden Herausforderungen unserer Stadt, von der städtischen Infrastruktur, über Bildung und Wissenschaft, Gesundheit, die Kultur und natürlich – last not at all least - die Wirtschaft umsichtig und nachhaltig anzugehen. Gerade diese beiden Aspekte – die umsichtige Beachtung der Komplexität unserer Aufgaben und die beharrliche Perspektive der Nachhaltigkeit – sollten von den

zivilgesellschaftlichen Initiativen als besonderer Beitrag ernst genommen werden. Sie fallen ihnen leichter, als der Politik, die sich in relativ kurzen Fristen immer wieder zur Wahl stellen muss – was wir ja wollen, um sie zu kontrollieren -, die aber eben deswegen auch darauf angewiesen ist, sich in kurzen Zeiträumen zu bewähren und damit die Nachhaltigkeit zu kurz kommen zu lassen.

An dieser Stelle sind auch die Medien gefordert. Keine Angst! Jetzt kommt keine Medienschelte. Denn nach meiner Wahrnehmung gibt es auch in diesem Bereich viele verantwortliche Initiativen, und die Grenze zwischen Neuigkeit, die wir ja alle von den Medien erwarten, und verfälschender Sensationshascherei ist nicht immer leicht zu ziehen. Dennoch, es ist nicht gut, jeder kleine Differenz zu einem Abgrund aufzureißen (und damit legitimen politischen Streit zu diskreditieren), und es ist auch nicht gut, diffuse Jammer- und Meckerstimmungen zu unterstützen. Es gibt dagegen viele Respekt verdienende Initiativen in den Medien, die informieren und differenziert diskutieren. Hier möchte ich sagen: Weiter so!

Berlin ist – das stellen wir immer wieder fest – gerade bei jungen Menschen und bei Menschen aus aller Welt unter den deutschen Städten besonders beliebt. Man schreibt den Berlinern, gerade auch in ihrer Multikulturalität Experimentierfreude, Offenheit, Improvisationstalent, kurz: Lebendigkeit zu. Darin liegt eine große Chance. Manchmal muss man auf die eigenen Stärken „von außen“ gestoßen werden. In diesem Sinne möchte ich mit dem interessierten und liebevollen Außenblick von Frankfurt (Oder) an Sie und uns appellieren: Besinnen wir uns auf unsere Stärken, fassen wir den Mut zur Naivität eines neuen Anfangs, bleiben wir beharrlich dabei und geben wir ein Beispiel dafür, dass es geht und wie es geht, Blockaden und Stagnationen zu überwinden, aufeinander zuzugehen, Unterschiede zu verstehen, zu achten und fruchtbar zu machen und sich zwischendurch immer wieder bei einem guten Glas Rotwein an unseren spannenden Ergebnissen zu erfreuen!

